

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

Bern, 3. Mai 2017 / AG
VL Fintech

Elektronischer Versand: rechtsdienst@sif.admin.ch

Änderung des Bankengesetzes und der Bankenverordnung (Fintech) Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen stimmt der Vorlage zur Fintech Regulierung grundsätzlich zu. Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Bundesrat handelt und Raum schaffen will für Innovation im Finanzbereich. Gerne bringen wir aber im Weiteren auch kritische Punkte ein, welche aus unserer Sicht entscheidend für den Erfolg in der Praxis sein werden.

1. Begrüssenswerte Zielsetzung

Die Digitalisierung schreitet rasch voran und fordert bestehende Regulierung heraus. Regulierung muss daher innovative Ideen zulassen, indem weniger technische Umsetzungsdetails gesetzlich festgeschrieben werden, sondern vermehrt Grundsätze, wie beispielsweise das Ziel der Regulierung. Dies hat die FDP bereits in ihrem Positionspapier vom November 2016 gefordert („[Chancen der Digitalisierung](#)“).

Im vorliegenden Entwurf begrüßen wir daher explizit, dass die Fintech Regulierung offen für alle Geschäftsmodelle ausgestaltet wird. Keiner weiss, wie die Fintech-Innovationen der Zukunft aussehen werden, daher würde eine zu enge Definition den Fortschritt verhindern.

2. Jedoch: Erst ein erster Schritt Richtung Innovation

Wir kritisieren jedoch, dass sich der Entwurf noch zu fest in bestehenden juristischen Strukturen und Denkmustern bewegt. Dies könnte in der praktischen Umsetzung der geplanten Zielsetzung – Raum für Innovation schaffen – im Wege stehen. So befindet sich die Fintech Regulierung im Bankengesetz, obwohl diese Unternehmen eben keine Banken darstellen. Mit vorliegendem Entwurf sieht es dann auch so aus, als würden die Firmen, sobald sie die gesetzlich definierten Schwellen der Sandbox und der Fintech Lizenz überschreiten, automatisch wieder unter die Bankenregulierung fallen.

Es wird zudem nicht effektiv Regulierung abgeschafft, sondern im bestehenden juristischen Rahmen neue Regulierung geschaffen. Zukunftsgerichtet müsste die Finanzmarktregulierung insgesamt risikobasierter ausgestaltet werden, damit für alle Dienstleistungen mit geringem Risikoprofil die Regulierung abgebaut wird. Dies würde auch für gleich lange Spiesse gegenüber etablierten Finanzinstituten sorgen, welche ebenfalls Innovation betreiben.

Diese Unzulänglichkeiten werden spätestens bei einem späteren Einbezug neuer Technologien wie Blockchain zu Tage treten. Nicht jede neue Innovation im Bereich des Finanzmarktes wird sich in die vorgeschlagenen Ausnahmeregelungen mit restriktiven Schwellenwerten einordnen lassen. Daher ist über kurz oder lang eine umfassende Neuausrichtung der Finanzmarktregulierung notwendig. Ohne eine kohärente Neuausrichtung läuft die Schweiz Gefahr, unabsichtlich gesetzliche Lücken, ungleiche Spiessie oder eine wirkungslose Regulierung zu schaffen.

Zudem hängt die Innovation im Bereich Fintech auch mit anderen regulatorischen Entwicklungen zusammen als nur der Finanzmarktregulierung. Der Bundesrat tut daher gut daran, die geplante Vorlage für eine e-ID mit der Fintech Regulierung zu koordinieren, die vollständige elektronische Abwicklung von Geschäften zu ermöglichen und offene Fragen im Bereich des Datenschutzes zu klären.

Wir fordern ebenfalls, dass etablierte Geschäftsmodelle – sei es im Banken-, Versicherungs- oder Kreditgeschäft – nicht benachteiligt werden dürfen. Risikobasiert ist eine Deregulierung an die Hand zu nehmen, welche jegliche Innovation fördert.

Im Folgenden nehmen wir zu den konkret vorgeschlagenen drei Massnahmen Stellung:

3. Ausweitung der Frist für Abwicklungskonten

Diese Massnahme zugunsten von Crowdfunding-Plattformen war überfällig. Allerdings stellt die vorgeschlagene Fristverlängerung für die Abwicklung ein zu zaghafter Schritt dar. Wir fordern daher eine Fristverlängerung auf 90 Tage.

4. Schaffung eines Innovationsraums

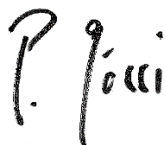
Die Sandbox stellt ein Instrument dar, welches Firmen den Einstieg in den Markt erleichtern könnte. Wir begrüssen ausdrücklich, dass ein solcher Innovationsraum geschaffen wird. Es muss allerdings geklärt werden, wie bei Überschreiten des Schwellenwertes von 1 Million Publikumseinlagen der Übergang von der Sandbox Probephase zur Bewilligung vonstattengehen wird.

5. Neue Bewilligungskategorie

Wie bereits obenstehend erläutert, leidet diese „Fintech-Lizenz“ darunter, dass nicht abschliessend klar ist, inwiefern sich die Unternehmen mit dieser Lizenz von Banken unterscheiden. Es muss unter anderem abschliessend geklärt werden, was unter „Aktivgeschäft“ gemeint ist, wie die Risiken für die Einlagen aussehen und welche Aufsicht angebracht ist. Es ist mit vorliegenden Informationen schwierig einzuschätzen, ob diese neue Bewilligungskategorie wirksam Innovation fördern kann. Zusätzliche Informationen zur Umsetzung müssen aufzeigen, wie verhindert werden kann, dass diese neue Bewilligungskategorie für Umgehungsgeschäfte genutzt wird oder toter Buchstabe bleibt.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin



Petra Gössi
Nationalrätin

Der Generalsekretär



Samuel Lanz